

Politischer Newsletter 4/2014

Parlament

Die Herbstsession 2014 dauerte vom 8. bis 26. September 2014. Die Wintersession findet vom 24. November bis am 12. Dezember 2014 statt.

Neuer Vorstoss: «Vereinheitlichung der Aufmachung der Zigaretten-Päckchen»

Pierre-Alain Fridez (SP / JU) beauftragt den Bundesrat in seiner Motion, in der zukünftigen Tabakverordnung eine Bestimmung vorzusehen über die Aufmachung der Zigaretten-Päckchen: Den Hauptteil der Fläche der Päckchen sollen die Hinweise auf die Gefahren einnehmen, die mit dem Tabakkonsum verbunden sind; darüber hinaus sollen die Verpackungen neutral gestaltet sein und keinerlei werberische Hinweise auf Marken enthalten.

Die Antwort des Bundesrates steht noch aus.

-> Details: http://www.parlament.ch/d/suche/seiten/geschaefte.aspx?gesch_id=20143993

Neuer Vorstoss: «Problematische Smartphone-Nutzung von Jugendlichen»

Yvonne Gilli (G / SG) stellt dem Bundesrat in ihrer Interpellation folgende Fragen: 1. Verfolgt er systematisch die Datenlage zur Nutzung der neuen Medien, insbesondere im Zusammenhang mit der gesundheitlichen Gefährdung vulnerabler Gruppen wie Kinder oder Jugendlicher? 2. Sieht er Handlungsbedarf? Falls nein, warum nicht? 3. Welche Möglichkeiten und Massnahmen kann er aufzeigen, um die Information von Eltern, Lehrer- und Ärzteschaft, aber auch der Jugendlichen selbst zu verbessern, und die Kompetenz der Nutzung neuer Medien zu erhöhen? 4. Welche Instrumente stehen ihm zur Evaluation von sich schnell verändernden Lebensgewohnheiten und deren gesundheitliche Auswirkungen bei Kindern und Jugendlichen zur Verfügung? 5. Welche Instrumente braucht er, um insbesondere wirksame Massnahmen im Zusammenhang mit der Nutzung elektronischer Medien zu treffen? 6. Wie können die Synergien zwischen kantonalen und nationalen Bemühungen/Kompetenzen und Ressourcen verbessert werden?

Die Antwort des Bundesrates steht noch aus.

-> Details: http://www.parlament.ch/d/suche/seiten/geschaefte.aspx?gesch_id=20143868

Neuer Vorstoss: «Einmal mehr Benachteiligung von konkurrenzfähigen Grenzregionen wie Basel unter dem Deckmantel der Prävention»

Daniel Stolz (FDP / BS) bittet den Bundesrat in seiner Interpellation folgende Fragen zu beantworten:

1. Warum soll aus Sicht der Prävention beim Verbot von Sponsoring von Tabakfirmen unterschieden werden zwischen Events mit internationalem Charakter und Binnencharakter? 2. Gibt es einen anderen gesundheitspolitischen Grund für diese Unterscheidung? 3. Warum benachteiligt der Bund ausgerechnet die Events, die den Namen unseres Landes ins Ausland tragen, während Bund wie Kantone genau das per teuren Werbeaktionen versuchen? 4. Warum schwächt der Bundesrat immer wieder gerade die besonders konkurrenzfähigen Sektoren und schützt die schwächeren?

Die Antwort des Bundesrates steht noch aus.

-> Details: http://www.parlament.ch/d/suche/seiten/geschaefte.aspx?gesch_id=20143701

Neuer Vorstoss: «Cannabis für Schwerkranke»

Margrit Kessler (GL / SG) bittet den Bundesrat in ihrer Interpellation folgende Fragen zu beantworten:

1. Ist der Bundesrat bereit, Patienten bei multipler Sklerose, Parkinson, bei schweren Krebs- und Aidskranken sowie bei chronischen Schmerzen, arthritischen und rheumatischen Erkrankungen den Zugang zu Cannabis zur Schmerzbehandlung zu erleichtern? Dadurch kann die Lebensqualität verbessert und Patienten können wieder in den Arbeitsprozess integriert werden. 2. Könnte das BAG dem Cannabis-Produzenten den Auftrag geben, Cannabissorten mit sehr hohem CBD-Anteil zu entwickeln, wie zum Beispiel die Sorten Ruderalis und Bediol(R) (> 6% THC: 7,5% CBD)? Diese Sorten haben heilende Kräfte ohne starken psychotropen Effekt. 3. Hat das BAG die Möglichkeit, auf Verordnungsebene die Krankenkassen zu verpflichten, die Kosten für Cannabiskraut von den Apotheken zu übernehmen? 4. Könnte Cannabis in die vom Patienten ausgewählte Apotheke geliefert werden? 5. Welche Gesetze müssen geändert werden, dass auch in der Schweiz schwerkranke Menschen für ihren Bedarf legal Hanf anbauen dürfen?

Die Antwort des Bundesrates steht noch aus.

-> Details: http://www.parlament.ch/d/suche/seiten/geschaefte.aspx?gesch_id=20143827

Neuer Vorstoss: «Ritalinkonsum in der Schweiz»

Yvette Estermann (SVP / LU) bittet den Bundesrat in ihrer Interpellation folgende Fragen zu beantworten: 1. Ist das Interview von Sarah Nowotny mit Pascal Rudin dem Bundesrat bekannt? 2. Wenn ja, wird er dafür sorgen, dass die neuesten Berichte, Statistiken, Studien und Empfehlungen der Uno zu diesem Thema, auch der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden? 3. Wie fortgeschritten ist der detaillierte Bericht zum Ritalinkonsum, dessen Veröffentlichung der Bundesrat für die zweite Hälfte 2014 in Aussicht gestellt hat?

Die Antwort des Bundesrates steht noch aus.

-> Details: http://www.parlament.ch/d/suche/seiten/geschaefte.aspx?gesch_id=20143809

Beantworteter Vorstoss: «Neues Tabakproduktegesetz. Fragwürdige Vorgehensweise der zuständigen Personen im Bundesamt für Gesundheit»

Toni Bortoluzzi (SVP / ZH) bat den Bundesrat in seiner Interpellation um die Beantwortung einiger Fragen zu folgendem Thema: Am 24. April 2014 hat die Sektion Tabak des BAG zur 3. Partnerplattform Tabakprävention auf den 17. Juni 2014 in Bern eingeladen. Der zweite Teil dieser ganztägigen Veranstaltung ist gemäss Einladung ausschliesslich dem neuen Tabakproduktegesetz gewidmet. Ein Mitarbeiter des BAG soll den Entwurf des Tabakproduktegesetzes vorstellen. Weiter sind im Programm Vertreter von «anti-Tabak-NGOs» als RednerInnen aufgeführt und die NGOs sollen ihre Forderungen an das Tabakproduktegesetz präsentieren. Zudem sollen Workshops zum Thema durchgeführt werden.

Der Bundesrat hat die Interpellation am 12. September 2014 beantwortet.

-> Antwort des Bundesrates:

http://www.parlament.ch/d/suche/seiten/geschaefte.aspx?gesch_id=20143355

An der Sitzung des Nationalrates vom 26. September 2014 wurde die Behandlung der Interpellation verschoben.

Beantworteter Vorstoss: «Kontrollierte Cannabis-Abgabe»

Barbara Gysi (SP / SG) beauftragte den Bundesrat in ihrem Postulat, die Aktivitäten der Kantone und Städte sowie die entsprechenden internationalen Entwicklungen im Zusammenhang mit der Cannabis-Regulierung aktiv zu verfolgen und darüber Bericht zu erstatten. Dabei soll er periodisch die Kantone, Städte und interessierte Kreise über die verschiedenen nationalen sowie internationalen Entwicklungen informieren. Der Bundesrat ist aufgefordert, zu Händen des Parlamentes bis 2017 einen Bericht mit Schlussfolgerungen und Empfehlungen für das weitere Vorgehen zu verfassen.

Der Bundesrat hat das Postulat am 3. September 2014 beantwortet und beantragt die Annahme des Postulates.

-> Antwort des Bundesrates:

http://www.parlament.ch/d/suche/seiten/geschaefte.aspx?gesch_id=20143425

Am 26. September 2014 wurde das Postulat im Nationalrat bekämpft und die Diskussion verschoben.

Beantworteter Vorstoss: «Cannabis. Einhaltung des BetmG»

Seit einiger Zeit stellen verschiedene Bewegungen wie die Genfer Bürgerbewegung (Mouvement Citoyens Genevois) oder kommunale Behörden wie diejenigen in Bern, Zürich und Basel Überlegungen zu einer zukünftigen Entkriminalisierung des Cannabiskonsums an. Zurzeit findet sich im Betäubungsmittelgesetz jedoch keine Bestimmung, die eine Entkriminalisierung des Cannabiskonsums ermöglichen würde. Jean-Pierre Grin (SVP / VD) bat daher den Bundesrat in seiner Interpellation um die Beantwortung folgender Frage: Ist der Bundesrat bereit, jegliche Liberalisierung des Cannabiskonsums - unabhängig welcher Art - abzulehnen, solange das BetmG nicht geändert wird?

Der Bundesrat hat die Interpellation am 3. September 2014 beantwortet.

-> Antwort des Bundesrates:

http://www.parlament.ch/d/suche/seiten/geschaefte.aspx?gesch_id=20143647

Am 26. September 2014 wurde die Interpellation im Nationalrat behandelt und ist nun erledigt.

Beantworteter Vorstoss: «Gleiche Promillegrenze für Milizfeuerwehren und nicht diensthabendes Personal bei Rettungseinsätzen wie für alle anderen Automobilisten»

Bernhard Guhl (BDP / AG) beauftragte den Bundesrat in seiner Motion, in der Verkehrsregelverordnung festzulegen, dass der Transport von Personen und Materialien durch Rettungsdienste (Feuerwehr, Polizei, Zoll, Sanität, Katastrophenschutz usw.) bei Rettungseinsätzen (Feuerwehreinsatz einer Milizfeuerwehr oder Rettungseinsätze, bei welchen aufgrund der Grösse des Ereignisses nicht diensthabendes Personal aufgeboden werden muss) nicht unter die Transporte subsumiert wird, für die das strengere Verbot des Fahrens unter Alkoholeinfluss (0,1 Promille) gilt.

Der Bundesrat hat am 5. November 2014 die Annahme der Motion beantragt.

-> Details: http://www.parlament.ch/d/suche/seiten/geschaefte.aspx?gesch_id=20143876

Beantworteter Vorstoss: «Tabakproduktegesetz. Unabhängige Expertenkommission»

Olivier Feller (FDP / VD) stellte dem Bundesrat in der Fragestunde folgende Fragen: Die Vernehmlassung zum Tabakproduktegesetz dauerte bis zum 12. September 2014. 1. Es handelt sich dabei um ein neues Gesetz. Hat der Bundesrat die Absicht, für die Redaktion der Botschaft an das Parlament eine Expertenkommission einzusetzen? 2. Falls ja, plant er, nicht nur verwaltungsinterne, sondern auch -externe Expertinnen und Experten zu ernennen? 3. Falls nein, verzichtet der Bundesrat dadurch nicht auf Kompetenzen, die für die Schaffung eines neuen Gesetzes unabdingbar sind?

Der Bundesrat hat die Frage am 22. September 2014 beantwortet.

-> Antwort des Bundesrates:

http://www.parlament.ch/ab/frameset/d/n/4915/446750/d_n_4915_446750_446772.htm

-> Details: http://www.parlament.ch/d/suche/seiten/geschaefte.aspx?gesch_id=20145412

Beantworteter Vorstoss: «Formalismus in der Alkoholverwaltung»

Gregor A. Rutz (SVP / ZH) stellte dem Bundesrat in der Fragestunde folgende Fragen: 1) Weiss der Bundesrat - bezugnehmend auf die Interpellation 14.3553 -, dass die Eidgenössische Alkoholverwaltung am 22. Mai 2014 mitteilte, dass ab 1. Januar 2015 generell keine «gebrandeten Papiertragtaschen oder Plastiksäcke» mehr toleriert werden? 2) Wenn Firmenwerbung (aber nicht Produktwerbung) erlaubt bleibt: A) Weiss der Bundesrat, dass sich gewisse Firmenlogos nur minim vom Produktelogo unterscheiden? B) Bleiben Firmenclaims wie «la fine eau-de-vie», «Genuss mit Geist» oder «natürlich geistreich» folglich erlaubt?

Der Bundesrat hat die Frage am 22. September 2014 beantwortet.

-> Antwort des Bundesrates:

http://www.parlament.ch/ab/frameset/d/n/4915/446750/d_n_4915_446750_446883.htm

-> Details: http://www.parlament.ch/d/suche/seiten/geschaefte.aspx?gesch_id=20145458

Beantworteter Vorstoss: «Einführung eines Tracking-and-Tracing-Systems zum Schutz der Konsumentinnen und Konsumenten vor gefälschten Zigaretten»

Adèle Thorens Goumaz (G / VD) warf in der Fragestunde folgendes Thema auf: Die Arbeitsgemeinschaft Tabakprävention Schweiz, die Eidgenössische Kommission für Tabakprävention und Gesundheitsligen verlangen, dass im Zuge der Schaffung des Tabakproduktegesetzes eine gesetzliche Grundlage für die Einführung von Tracking-and-Tracing-Systemen geschaffen wird. Die Rückverfolgbarkeit ermöglicht es, Konsumentinnen und Konsumenten besser vor gefälschten Zigaretten zu schützen. In welchem Mass ist das EDI bereit, die Tracking-and-Tracing-Systeme in seine Gesundheitsschutz- und Präventionspolitik zu integrieren?

Der Bundesrat hat die Frage am 15. September 2014 beantwortet.

-> Antwort des Bundesrates:

http://www.parlament.ch/ab/frameset/d/n/4915/444941/d_n_4915_444941_445072.htm

-> Details: http://www.parlament.ch/d/suche/seiten/geschaefte.aspx?gesch_id=20145362

Beantworteter Vorstoss: «Tabakproduktegesetz. Einführung eines Tracking-and-Tracing-Systems»

Adèle Thorens Goumaz (G / VD) warf in der Fragestunde folgendes Thema auf: Bundesrätin Eveline Widmer-Schlumpf hat am 3. Juni 2014 im Ständerat als Antwort auf die Interpellation 14.3062 zur Bekämpfung von gefälschten Zigaretten und zu den Tracking-and-Tracing-Systemen erklärt: «Wenn man eine Regelung machen will, dann macht man sie am besten dort, wo ohnehin eine Gesetzesrevision ansteht. Das ist im Moment das Tabakproduktegesetz.» Wie stellt sich das EDI vor, dass im Bundesgesetz über Tabakprodukte gesetzliche Grundlagen geschaffen werden, die die Einführung von Tracking-and-Tracing-Systemen erlauben?

Der Bundesrat hat die Frage am 15. September 2014 beantwortet.

-> Antwort des Bundesrates:

http://www.parlament.ch/ab/frameset/d/n/4915/444941/d_n_4915_444941_445072.htm

-> Details: http://www.parlament.ch/d/suche/seiten/geschaefte.aspx?gesch_id=20145361

Beantworteter Vorstoss: «Bekämpfung der massiven Tabakwerbung an Ausgehorten»

Rebecca Anna Ruiz (SP / VD) stellte dem Bundesrat in der Fragestunde folgende Frage: Eine kürzlich durchgeführte Studie hat gezeigt, dass Jugendliche in Bars und Nachtclubs massiver Tabakwerbung ausgesetzt sind. Die starke Präsenz von Zigarettenautomaten und Promoting-Teams, die mit Rabatten und Geschenken für Zigaretten werben, ist Teil der Strategie der Zigarettenhersteller. Der Vorentwurf des Tabakproduktegesetzes, der sich in der Vernehmlassung befindet, sieht keine Einschränkungen diesbezüglich vor. Wird der Bundesrat die Erkenntnisse der genannten Studie im Tabakproduktegesetz berücksichtigen, und falls ja, inwiefern?

Der Bundesrat hat die Frage am 15. September 2014 beantwortet.

-> Antwort des Bundesrates:

http://www.parlament.ch/ab/frameset/d/n/4915/444941/d_n_4915_444941_445102.htm

-> Details: http://www.parlament.ch/d/suche/seiten/geschaefte.aspx?gesch_id=20145346

Beantworteter Vorstoss: «Tabakproduktegesetz. Kontrollsystem für die Rückverfolgbarkeit»

Olivier Feller (FDP / VD) stellte dem Bundesrat in der Fragestunde folgende Frage: An der Pressekonferenz vom 21. Mai 2014 zur Vernehmlassung zum Bundesgesetz über Tabakprodukte hat der Vorsteher des BAG erstaunlicherweise erklärt, dass die Frage nach der Einführung eines von der Tabakindustrie unabhängigen Rückverfolgbarkeitssystems im Tabaksteuergesetz behandelt werden soll. Findet der Bundesrat nicht auch, es wäre kohärenter, ein solches Kontrollsystem im Tabakproduktegesetz einzuführen?

Der Bundesrat hat die Frage am 15. September 2014 beantwortet.

-> Antwort des Bundesrates:

http://www.parlament.ch/ab/frameset/d/n/4915/444941/d_n_4915_444941_445072.htm

-> Details: http://www.parlament.ch/d/suche/seiten/geschaefte.aspx?gesch_id=20145319

Beantworteter Vorstoss: «Vorentwurf des Tabakproduktegesetzes. Gesetzeslücken beim Schmuggel und bei der Präventionspolitik»

Guy Parmelin (SVP / VD) stellte dem Bundesrat in der Fragestunde folgende Frage: Die Vernehmlassung zum Tabakproduktegesetz endete am 11. September. In zahlreichen Ländern sind vermehrt wirksame Rückverfolgbarkeitssysteme obligatorisch, um den Schmuggel zu bekämpfen und die Prävention zu verbessern. Der Vorentwurf des Tabakproduktegesetzes ist in dieser Hinsicht lückenhaft, da sich darin keine Massnahme diesbezüglich findet. Aus welchen Gründen hat der Bundesrat beschlossen, solche Massnahmen nicht in diesen Vorentwurf aufzunehmen?

Der Bundesrat hat die Frage am 15. September 2014 beantwortet.

-> Antwort des Bundesrates:

http://www.parlament.ch/ab/frameset/d/n/4915/444941/d_n_4915_444941_445072.htm

-> Details: http://www.parlament.ch/d/suche/seiten/geschaefte.aspx?gesch_id=20145318

Beantworteter Vorstoss: «Kriminalisierung der freiwilligen Feuerwehren durch Nullpromillegrenze»

Bernhard Guhl (BDP / AG) bat den Bundesrat in seiner Interpellation um die Beantwortung einiger Fragen zu folgendem Thema: Seit 1. Januar 2014 ist das 2. Paket der Via sicura in Kraft. Damit gilt u.a. für Neulenkende, FahrschülerInnen und Berufsschauffeure die 0,10 Promillegrenze. Auf dem Merkblatt des Astra: «Verbot des Fahrens unter Alkoholeinfluss», sei erwähnt, dass dies auch Lenkende von Feuerwehrfahrzeugen betrifft, wenn sie Löschschaum transportieren.

Der Bundesrat hat die Interpellation am 13. August 2014 beantwortet.

-> Antwort des Bundesrates:

http://www.parlament.ch/d/suche/seiten/geschaefte.aspx?gesch_id=20143337

An der Sitzung des Nationalrates vom 26. September 2014 wurde die Behandlung der Interpellation verschoben.

Beantworteter Vorstoss: «Unerträglicher Formalismus der eidgenössischen Alkoholverwaltung»

Gregor A. Rutz (SVP / ZH) bat den Bundesrat in seiner Interpellation um die Beantwortung folgender Fragen zur Umsetzung des Alkoholgesetzes im Bereich der Werbeverbote für Spirituosen: 1. Besteht nach seiner Auffassung ein ernsthaftes Risiko, dass der mehrfache Gebrauch von mit Spirituosenwerbung bedruckten Tragtaschen einen Einfluss auf den Alkoholkonsum der betroffenen Konsumenten hat? 2. Unterstützt er die restriktive Praxis der EAV, welche für ein generelles Tragtaschenverbot im Zusammenhang mit der Werbung für Spirituosen eintritt? 3. Wie beurteilt er die Tatsache, dass mittlerweile offenbar nicht nur der Gesetzgeber, sondern auch Einheiten der Bundesverwaltung nach eigenem Gutdünken bestimmte Werbeartikel verbieten? 4. Wie soll ein

Unternehmen, welches Spirituosen herstellt oder vertreibt, diese (legalen) Produkte bewerben und Marken aufbauen, wenn bald jede Werbung dafür verboten ist? 5. Ist er bereit, die EAV anzuweisen, die genannte formalistische Praxis zugunsten einer vernünftigeren Handhabung von Artikel 42b AlKG aufzugeben?

Der Bundesrat hat die Interpellation am 20. August 2014 beantwortet.

-> Antwort des Bundesrates:

http://www.parlament.ch/d/suche/seiten/geschaefte.aspx?gesch_id=20143553

An der Sitzung des Nationalrates vom 26. September 2014 wurde die Behandlung der Interpellation verschoben.

Beantworteter Vorstoss: «Spielbanken. Ständig steigende Aufsichtskosten»

Felix Müri (SVP / LU) bat den Bundesrat in seiner Interpellation, folgende Fragen zu den Aufsichtskosten der Spielbanken zu beantworten: 1. Ist er gewillt, das Wachstum der Aufsichtskosten zu begrenzen, indem es an die Teuerung gebunden wird? 2. Welche anderen Möglichkeiten sieht er um die ständig steigenden Aufsichtskosten der ESBK einzugrenzen? 3. Wird das Wachstum der Aufsichtskosten mit dem neuen Geldspielgesetz noch verstärkt? 4. Wie werden die rund zehn zusätzlichen Stellen finanziert? 5. Wie stark ist das Wachstum in anderen Aufsichtsbereichen (Banken, Versicherungen etc.)?

Der Bundesrat hat die Interpellation am 27. August 2014 beantwortet.

-> Antwort des Bundesrates:

http://www.parlament.ch/d/suche/seiten/geschaefte.aspx?gesch_id=20143477

Die Interpellation wurde am 26. September 2014 im Nationalrat behandelt und ist erledigt.

Kommissionen

Alkohol: Motion «Aufnahme der Schaumweine ins Einfuhrkontingent für Weine»

Christophe Darbellay (CVP / VS) beauftragte den Bundesrat in seiner Motion, seine Praxis betreffend die Weineinfuhr so anzupassen, dass Schaumweine auch in das Zollkontingent für Weine fallen. Der Bundesrat beantragte am 31. Oktober 2012 die Ablehnung der Motion. Im Nationalrat wurde die Motion am 17. September 2014 angenommen. Die Kommission für Wirtschaft und Abgaben des Ständerates (WAK-S) hat die Motion nun an ihrer Sitzung vom 13. Oktober 2014 vorberaten. Sie beantragt mit 10 zu 2 Stimmen bei 1 Enthaltung, die Motion abzulehnen. Die Motion wird am 11. Dezember 2014 im Ständerat behandelt.

-> Details: http://www.parlament.ch/d/suche/seiten/geschaefte.aspx?gesch_id=20123738

Alkohol: Standesinitiative «Änderung der Weineinfuhrkontingente und deren Verteilung»

Der Grosse Rat des Kantons Wallis ersucht die Bundesversammlung in ihrer Standesinitiative um Folgendes: 1. bei der Welthandelsorganisation (WTO) die Eröffnung von Verhandlungen hinsichtlich

der Anpassung des Zollkontingents für Rot- und Weissweine an die Konsumententwicklung zu beantragen; 2. eine Verteilung des Zollkontingents gemäss Artikel 22 Absatz 2 Buchstabe b des Bundesgesetzes über die Landwirtschaft, also «nach Massgabe der Inlandleistung», vorzunehmen.

Die Kommission für Wirtschaft und Abgaben des Ständerates (WAK-S) hat an ihrer Sitzung vom 13. Oktober 2014 die Standesinitiative des Kantons Wallis sowie eine gleichlautende Standesinitiative des Kantons Genf, welche bereits am 21. Mai 2014 eingereicht wurde, vorgeprüft. Die Kommission beantragt mit 9 zu 2 Stimmen bei 1 Enthaltung, den Initiativen keine Folge zu geben. Eine Minderheit beantragt, den Initiativen Folge zu geben. Die beiden Standesinitiativen werden am 11. Dezember 2014 im Ständerat behandelt.

-> Details: http://www.parlament.ch/d/suche/seiten/geschaefte.aspx?gesch_id=20140318

Snus: Pa. Iv. «Gesetzliche Rahmenbedingungen für den Vertrieb von Snus schaffen»

Ohne Gegenstimme hat die Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit des Nationalrates (SGK-N) am 13. August 2014 der Parlamentarischen Initiative «Gesetzliche Rahmenbedingungen für den Vertrieb von Snus schaffen» von Lukas Reimann (SVP / SG) Folge gegeben. Die Initiative fordert, dass die gesetzlichen Grundlagen dahingehend geändert werden, dass Snus mit anderen Tabakprodukten wie Schnupf- und Kautabak gleichgestellt wird. Das Geschäft wird voraussichtlich am 15./16. Januar 2015 in der Schwesterkommission des Ständerates (SGK-S) behandelt. Wenn diese auch zustimmt, soll Snus im Rahmen des kommenden Tabakproduktegesetzes dem Willen der beiden Kommissionen entsprechend geregelt werden.

-> Details: http://www.parlament.ch/d/suche/seiten/geschaefte.aspx?gesch_id=20130438

Alkohol: «Alkoholgesetz. Totalrevision»

Die Kommission für Wirtschaft und Abgaben des Ständerates (WAK-S) hat sich am 13. Oktober 2014 und am 4. November 2014 ein weiteres Mal mit der Frage der Verfassungsmässigkeit des Systems der Ausbeutebesteuerung im Spirituosensteuergesetz befasst. Diese erneute Beratung war nötig geworden, nachdem die WAK des Nationalrates ihre formelle Zustimmung zum Rückkommen auf Fragen, die nicht in der Differenzbereinigung stehen, verweigert hatte. So konnte die WAK-S ihre am 1. Juli 2014 beschlossenen alternativen Vorschläge zur Ausbeutebesteuerung nicht dem Ständerat unterbreiten. Mit 10 zu 2 Stimmen beantragt die WAK-S dem Ständerat nun, die Ausbeutebesteuerung ersatzlos zu streichen. Die Kommissionsmehrheit ist zum Schluss gekommen, dass die willkürliche Ungleichbehandlung von Gewerbetreibenden sowie eine degressive Besteuerung verfassungswidrig sind. Eine Minderheit beantragt, an der Ausbeutebesteuerung festzuhalten und schlägt Verbesserungen des Systems vor, welche die verfassungsrechtlichen Probleme abschwächen und beheben sollen. Am 24. November 2014 wird das Geschäft im Ständerat behandelt.

-> Details: http://www.parlament.ch/d/suche/seiten/geschaefte.aspx?gesch_id=20120020

Vernehmlassungen

Alkohol: «Via sicura: Atemalkohol- statt Blutprobe»

Die vom Parlament im Rahmen von «Via sicura» beschlossene beweissichere Atemalkoholprobe soll im Strassenverkehr am 1. Juli 2016 eingeführt werden. Die Anordnung einer Blutprobe wird nur noch bei Verdacht auf Betäubungsmittelkonsum, auf Verlangen des Betroffenen oder in Ausnahmefällen nötig sein. Zur Einführung müssen verschiedene Verordnungen angepasst werden. Dazu wurde am 17. November 2014 die Anhörung eröffnet. Sie dauert bis zum 17. Februar 2015.

-> Details: <https://www.news.admin.ch/message/index.html?lang=de&msg-id=55253>

Tabak: «Tabakproduktegesetz»

Die Vernehmlassungsfrist für den Gesetzesentwurf ist am 12. September 2014 zu Ende gegangen. Es haben sich 637 Stellen mit einer Stellungnahme zum Gesetzesentwurf geäussert. Der Entwurf des Gesetzes wird nun auf Basis dieser Antworten vom Bundesamt für Gesundheit überarbeitet. Der Bundesratsentscheid dazu wird für den Herbst 2015 erwartet, der Start der Debatte im Parlament für anfangs 2016.

-> Details: <http://www.bag.admin.ch/themen/drogen/00041/14741/14743/index.html?lang=de>

Geldspiel: «Bundesgesetz über Geldspiele»

Die Vernehmlassungsfrist für das Bundesgesetz über Geldspiele (Geldspielgesetz) ist am 20. August 2014 zu Ende gegangen. Rund 1'700 Vernehmlassungsantworten sind beim zuständigen Bundesamt für Justiz eingegangen. Diese werden derzeit ausgewertet, und auf Basis dieser Antworten wird der Entwurf zum Gesetz überarbeitet. Die Botschaft des Bundesrats dazu wird für Herbst 2015 erwartet.

-> Details: <https://www.bj.admin.ch/bj/de/home/wirtschaft/gesetzgebung/geldspielinitiative.html>